

Richard Reichel

Auf Augenhöhe mit Russland: Welche militärischen Ressourcen werden benötigt?

Die militärische Stärke eines Landes bzw. die daraus resultierende Abschreckungsfähigkeit kann auf unterschiedliche Weise quantitativ erfasst werden. Denkbar ist es zunächst, an einer Produktivitätsgröße anzusetzen, die vereinfachend als „Verteidigungsproduktivität“ bezeichnet werden könnte. Darunter kann die Fähigkeit verstanden werden, ein bestimmtes militärisches Ziel mit minimalem Mitteleinsatz (Verlusten an Menschen und Material) zu erreichen. Dieser Ansatz entspricht dem ökonomischen Effizienzkriterium. Er ist aber kaum geeignet, absolute Aussagen über das Abschreckungspotenzial einer Streitmacht zu machen. Ebenso wenig können Aussagen über die Wahrscheinlichkeit eines Sieges gegen einen Angreifer gemacht werden.

Ein verwandtes, aber umfassenderes Konzept verwendet van Creveld (2020). Er spricht vom „Wert“ einer Armee. Diese bestimmt sich als Produkt von Qualität und Quantität der Ausrüstung einerseits und der „Kampfkraft“ andererseits. Van Creveld (2020, S. 17) definiert dabei die Kampfkraft als „... die Summe der geistigen Qualitäten, die Armeen zum Kämpfen bringen.“ Diese wiederum werden durch Faktoren wie „Disziplin und Zusammenhalt“, „Kampfmoral und Initiative“, „Mut und Härte“ sowie die „Bereitschaft, notfalls zu sterben“ geprägt. Der Wert einer Armee resultiert damit aus einer multiplikativen Verknüpfung der Inputfaktoren „Qualität“ und „Quantität“ mit der Kampfkraft. Aus ökonomischer Perspektive entspricht dieser Ansatz einer Produktionsfunktion, bei der die „Kampfkraft“ die Rolle der totalen Faktorproduktivität spielt. Während die Schätzung mikro- oder makroökonomischer Produktionsfunktionen in der Regel unproblema-

tisch ist, verursacht die militärische Variante erhebliche Probleme. Die Outputgröße „Wert einer Armee“ ist schwer zu messen, weil der Parameter Kampfkraft nur indirekt und kaum „ex ante“ zu bestimmen ist. Van Creveld stützt seine Analyse deshalb auch auf „ex post“-Vergleiche der deutschen Wehrmacht mit der US-Armee während des Zweiten Weltkriegs.

Daraus folgt, dass aus heutiger Perspektive eine Betrachtung der Inputfaktoren Qualität und Quantität der militärischen Ressourcen im Vordergrund stehen muss. Dabei stehen diese, ähnlich wie in einer Produktionsfunktion, in einem beschränkt substitutionalen Verhältnis. Qualität kann in Grenzen durch Quantität ersetzt werden und umgekehrt (Konrad & Thum, 2024). Die Qualität der Ausstattung könnte beispielsweise durch das Alter der vorhandenen Waffensysteme approximiert werden. Allerdings liefert ein solcher Ansatz nur eine sehr grobe Einschätzung, hängt die Qualität doch stets auch von der konkreten Einsatzsituation auf dem Gefechtsfeld ab.

Am einfachsten ist die Messung der Quantität. Diese kann einerseits anhand der Stückzahl einsatzfähiger Waffensysteme erfolgen, andererseits können diese Stückzahlen (zu Zeitwerten oder Wiederbeschaffungswerten) monetär ausgedrückt werden. Alternativ ist eine Messung der Inputquantität auch anhand der Truppenstärken möglich. Diese korrelieren einerseits positiv mit den Rüstungsausgaben, andererseits (ebenfalls positiv) mit der Bevölkerungszahl.

Messung von Rüstungsausgaben

Aus den genannten Gründen dominieren in der verteidigungspolitischen Diskussion entweder Gegenüberstellungen von (absoluten) Rüstungsausgaben oder dem Anteil dieser Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (SIPRI, 2024). So kommen beispielsweise Konrad und Thum (2024) anhand eines Vergleichs absoluter (in US-Dollar ausgedrückter) Militärausgaben zu dem Schluss, dass sich anhand der fiskalischen Aufwendungen der europäischen Länder (noch) kein Rückstand bei der militärischen Sicherheit feststellen lässt. Offenkundig bezieht sich dieser Vergleich auf Russland. In der Tat gaben Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen zusammen mit 234,6 Mrd. US-Dollar nominal mehr als zweimal so viel für Rüstung aus wie Russland mit lediglich 109 Mrd. US-Dollar. Deutschland erreicht mit 66,8 Mrd. US-Dollar bereits mehr als 60 % der russischen Ausgaben. Russland un-

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Richard Reichel lehrt an der FOM Hochschule Essen und ist Geschäftsführer des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

terhält mit dieser Summe allerdings eine Armee von weit über 1 Mio. Soldaten, eine weltweit operierende Marine und die größten Nuklearstreitkräfte der Welt, während die deutsche Bundeswehr gegenwärtig kaum verteidigungsfähig ist. Wie ist diese Diskrepanz zu erklären?

Der Hauptgrund liegt in der Umrechnung der Verteidigungsausgaben von nationalen Währungen in US-Dollar zu laufenden Wechselkursen. Wechselkurse bilden sich auf Devisenmärkten in einem Zusammenspiel von Güterhandel und internationalen Kapitalströmen. Keine Rolle spielen die nationalen Preisniveaus für nicht-handelbare Güter. Diese Preise sinken aber tendenziell mit fallendem Pro-Kopf-Einkommen. Die Folge ist, dass die Pro-Kopf-Einkommen ärmerer Länder bei einer Umrechnung zu laufenden Wechselkursen systematisch unterschätzt werden. So beträgt das Pro-Kopf-Einkommen Deutschlands bei einer Wechselkursumrechnung knapp 58.000 US-Dollar, während das russische Pro-Kopf-Einkommen lediglich bei 15.000 US-Dollar liegt (IMF, 2025a). Berücksichtigt man, dass sowohl das deutsche als auch (insbesondere) das russische Preisniveau unter dem US-Preisniveau liegen, so ergeben sich kaufkraftadjustierte Werte von 72.660 US-Dollar für Deutschland und 48.960 US-Dollar für Russland (IMF, 2025b). Russland kann somit für einen US-Dollar wesentlich mehr Rüstungsgüter kaufen als Deutschland (oder die USA).

Indes ist auch das durchschnittliche nationale Preisniveau nicht vollständig repräsentativ für die Preise von Rüstungsgütern. Entsprechende Berechnungen sind erstmals von Robertson (2022) vorgenommen worden. Danach vergrößern sich die Differenzen zwischen den USA und anderen (relativ reichen NATO-Ländern) nochmals. Zieht man die Ausgaben gemessen in militärischen Kaufkraftparitäten heran, so betragen die Ausgaben Russlands (2021) 223 Mrd. US-Dollar während die drei großen NATO-Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen bei 219 Mrd. US-Dollar liegen. Die Vereinigten Staaten geben 800 Mrd. US-Dollar aus, wobei hier die Ausgaben zu militärischen Kaufkraftparitäten mit den zu Wechselkursen umgerechneten identisch sind, weil das US-Preisniveau als Referenz dient (Reichel, 2025). Dieser Vergleich zeigt eindrucksvoll, dass sich eine deutliche numerische Überlegenheit der drei europäischen Länder bei wechselkursbasierten Zahlen in einen Gleichstand verwandelt. Hinzu kommt, dass die Zahlen von Robertson (2022) schon einige Jahre alt sind. Die von Robertson abgegebenen jüngsten Schätzungen vom Februar 2025 zeigen, dass Russland im Jahr 2023 etwa 340 Mrd. US-Dollar zu militärischen Kaufkraftparitäten ausgegeben hat, während die drei großen europäischen NATO-Länder zusammen auf lediglich 300 Mrd. US-Dollar kommen (Robertson, 2025).

Das zweite verwendete Kriterium zum Vergleich von Rüstungsausgaben ist der Anteil der Aufwendungen für Verteidigung am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Da sowohl die Rüstungsausgaben als auch das BIP entweder in nationaler Währung oder zu Kaufkraftparitäten umgerechnet werden können, spielen unterschiedliche interne Preisniveaus keine Rolle. Der Anteil am BIP entspricht immer einem realen Anteil. Offenkundig ist die Verwendung dieses Indikators bei internationalen Vergleichen deshalb so beliebt, obwohl er nichts über die Effizienz des Mitteleinsatzes im Sinne der militärischen Produktionsfunktion aussagt.

Fähigkeitslücke und erforderliche Mittel

In den letzten Jahren sind in der politischen Diskussion die Größenordnungen der notwendigen Verteidigungsaufwendungen kontrovers diskutiert worden. Fahrt aufgenommen hat die Debatte einmal während der ersten Amtsperiode von Donald Trump und nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Frühjahr 2022. Während zunächst das 2 %-Ziel der NATO im Zentrum der Diskussionen stand, forderte US-Präsident Donald Trump bisweilen sogar eine Quote von 5 % des BIP. Deutsche Politiker fordern (mit wenigen Ausnahmen) gegenwärtig Verteidigungsausgaben, die zwischen 2 % und 3,5 % des BIP liegen (Reichel, 2025). Eine Hinzurechnung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (als mittelbare Friedenssicherung) wie früher vereinzelt gefordert (Grözing, 2021), wird gegenwärtig nicht mehr diskutiert.

Welche Aussagen lassen sich aus wissenschaftlicher Sicht über den Ressourcenbedarf für Verteidigungszwecke machen? Es existieren mehrere Herangehensweisen. Zunächst könnte versucht werden, die Frage aus der Sicht eines theoretischen, strategisch-ökonomischen Optimierungskalküls anzugehen. Diesen Ansatz haben beispielsweise Andreou et al. (2002) für den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei bzw. Ringel und Tishler (2011) für den Rüstungswettlauf zwischen Israel und Syrien gewählt. Die Ergebnisse hängen zwar von einigen Annahmen ab, doch stellen sich Werte zwischen 3 % und 5 % des BIP als optimal heraus. Auf der anderen Seite könnten historische Erfahrungen herangezogen werden, unterteilt nach unterschiedlicher Konfliktintensität. Hier zeigen sich bemerkenswert stabile Resultate (Reichel, 2022):

- Länder ohne drohende Konflikte und ohne den Anspruch auf weltweite Interventionen geben etwa 1 % bis 2 % ihrer Ressourcen für Verteidigung aus.
- Während der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg gaben die europäischen Großmächte etwa 2 % bis 3,5 % des BIP aus, mit kaum steigender Tendenz.

- Während des Kalten Kriegs nach 1945 gaben die NATO-Staaten (exklusive USA) zwischen 3 % und 6 % des BIP für Verteidigung aus. Deutschland lag während der Phase des Aufbaus der Bundeswehr ab 1955 eher an der oberen Grenze, während es Ende der 1980er Jahre nur noch 2,7 % bis 2,8 % aufwendete.
- In Kriegszeiten werden diese Werte weit übertroffen. So gaben während des II. Weltkriegs die USA mit 32,5 % (1944), Großbritannien mit 28,6 % (1944) und das nationalsozialistische Deutschland mit 67,1 % (1944) extrem hohe Anteile des BIP für Rüstung aus (OWD, 2025).

Stellt man in Rechnung, dass gegenwärtig in Europa ein heißer Krieg in der Ukraine tobt, so spricht das zumindest für ein Ausgabeniveau, das an der oberen Grenze der Werte während des Kalten Krieges liegen sollte.

Eine weitere Herangehensweise besteht in der Abschätzung der Fähigkeitslücke, die durch die Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen in Deutschland nach 1990 entstanden ist. Diese – oft als Friedensdividende bezeichnete – Reduktion der Verteidigungsausgaben von 2,7 % bis 2,8 % des BIP Ende der 1980er Jahre auf nur noch 1,2 % Ende der 2010er Jahre hat über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren zu einem nahezu vollständigen Verlust an Verteidigungsfähigkeit geführt. Der Rückgang der Verteidigungsausgaben wurde einerseits mit dem Ende des Kalten Kriegs begründet. Andererseits war die Umstellung auf friedenssichernde Auslandseinsätze mit einem erheblichen Abbau der materiellen Ressourcen verbunden.

Die kumulierte Ausdünnung der finanziellen Ressourcen (also die „Friedensdividende“) seit 1990 lässt sich relativ einfach berechnen. Hierzu sei hypothetisch angenommen, dass die Quote der Verteidigungsausgaben mit 2,7 % bis 2,8 % des BIP seit dem Ende der 1980er Jahre bis heute unverändert geblieben wäre. Daraus lassen sich die bei gegebenen nominalen BIP-Werten der vergangenen 34 Jahre die absoluten nominalen Verteidigungsausgaben berechnen. Als Differenz zu den tatsächlich (geringeren) Ausgaben lässt sich die jährliche (monetäre) Fähigkeitslücke berechnen. Kumuliert ergibt sich eine Summe von 1.270 Mrd. Euro (Reichel, 2025). Tatsächlich ist der reale finanzielle Fähigkeitsverlust über die vergangenen 34 Jahre noch höher, denn auf eine Aufdiskontierung der Vergangenheitswerte wurde hier verzichtet. Aber bereits die nominale Summierung zeigt die Größenordnung des Problems. Diese finanziellen Verluste korrespondieren seit 1990 mit Einbußen bei Personal und Ausrüstung, die in Dorn et al. (2022) detailliert aufgezeigt werden. Um die Größenordnung zu zeigen, sind die wichtigsten Entwicklungen seit 1990 hier kurz zusammengefasst:

- Die Personalstärke der Bundeswehr wurde um 60 % reduziert (USA: -36 %; NATO: -21 %; Russland: -23 %).
- Die Bestände der deutschen Streitkräfte an schweren Waffen (Panzer, Artillerie) sanken um 80 % bis 93 %. Bei den fliegenden Systemen betrug der Rückgang 74 %.
- Da auch Frankreich und Großbritannien massiv Fähigkeiten abgebaut haben, beträgt die quantitative Unterlegenheit der drei großen europäischen NATO-Länder gegenüber Russland nunmehr 1:4,5 bei Kampfpanzern, 1:6,3 bei der Artillerie und 1:2 bei Kampfflugzeugen. Allerdings haben sich die Bestände der russischen Armee im Verlauf des Ukrainekriegs wohl stärker reduziert als die der NATO-Mitglieder.

Die Rückstände bei modernen Waffensystemen (Drohnen, Hyperschallwaffen, thermobarische Gefechtsköpfe für die Artillerie, KI-Anwendungen) sind hier noch nicht berücksichtigt.

Man mag einwenden, dass heute viele ehemalige Verbündete der damaligen Sowjetunion NATO-Mitglieder sind und damit als Verbündete Russlands weggefallen sind, was die Bedrohungslage reduziert. Indes ist diesem Argument wenig Bedeutung beizumessen, denn Russland hat heute neue Verbündete (China, Iran, Nordkorea) die den quantitativen Nachschub für die russischen Verbände unterstützen. Der Wert dieser Unterstützung dürfte erheblich sein.

Aus diesen Zahlen ist der finanzielle, personelle und materielle Nachholbedarf in etwa erkennbar. Zieht man die kumulierte Fähigkeitslücke heran und ist es beabsichtigt, diese in zehn Jahren aufzuholen, so sind jährlich fast 130 Mrd. Euro, zusätzlich zum regulären Verteidigungsetat, einzuplanen. Hieraus ergeben sich jährliche Gesamtetats für Verteidigung von etwa 200 Mrd. Euro, was ca. 4,6 % des BIP entspricht (Reichel, 2025). Interessanterweise entspricht diese Größenordnung derjenigen während der Aufbauphase der Bundeswehr. Von einem Neuaufbau dürfte auch heute zu sprechen sein. Von der Forderung Donald Trumps, 5 % für Verteidigung auszugeben, ist man nicht weit entfernt.

Diese Mittel müssen in drei Bereiche fließen: *Erstens*, in den personellen Wiederaufbau der Bundeswehr, *zweitens* in die Aufstockung und Modernisierung der Ausrüstung zur Wiederherstellung einer uneingeschränkten Kampffähigkeit (so wie diese in den 1980er Jahren gegeben war) und *drittens* in die Wiederherstellung der militärischen Infrastruktur (Kasernen, Munitionslager, Truppenübungsplätze, Fliegerhorste, Flugplätze). Hierzu zählt besonders

die Reaktivierung aufgebener bzw. heute alternativ genutzter Kasernen bzw. deren Neu- oder Ausbau. Bereits die teilweise Wiederherstellung der militärischen Infrastruktur nimmt erhebliche Mittel in Anspruch.

Bei der personellen Stärke der Bundeswehr ist die Obergrenze durch die Zwei-plus-Vier-Verträge des Jahres 1990 vorgegeben (370.000). Das entspricht einer Verdoppelung der gegenwärtigen Personalstärke. Beschränkungen bei der Ausrüstung waren seinerzeit nicht Vertragsbestandteil, außer dem Verzicht auf deutsche Atomwaffen sowie dem Verzicht, NATO-Truppen bzw. Atomwaffen auf dem Gebiet der früheren DDR zu stationieren.

Hinsichtlich der materiellen Ausstattung kann hier keine vollständige „Speisekarte“ präsentiert werden. Klar ist jedoch, dass es angesichts der oben beschriebenen Verluste in den vergangenen Dekaden bei den wichtigsten Waffensystemen zu einer massiven Aufstockung kommen muss. Richtschnur sollte ein ungefährer Gleichstand zwischen den (im Hinblick auf das BIP bzw. die Bevölkerungszahl) drei größten europäischen NATO-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) mit Russland sein. Zusammen mit den anderen europäischen NATO-Staaten (Polen, Baltische und Skandinavische Staaten sowie einige andere Länder) sollte dies eine hinreichende Abschreckungswirkung erzeugen. Geht man weiter davon aus, dass Frankreich und Großbritannien zwar ebenfalls ihr Fähigkeitsspektrum ausbauen, die Hauptlast aber bei Deutschland liegen wird, so sind die Größenordnungen in etwa diese:

- Bei Kampfpanzern sind die Bestände von gegenwärtig etwa 200 auf 1.500 Einheiten auszubauen (Russland: über 3.000 im Jahr 2022, aber große Verluste im Ukrainekrieg).
- Bei Schützenpanzern herrscht angesichts gegenwärtig verfügbarer 650 Einheiten ein besonderer Rückstand gegenüber Russland (über 6.000). Hier sollte es also zu einer massiven Aufstockung um mindestens 2.000 Einheiten kommen.
- Noch weit größer ist der Rückstand bei der Artillerie (Rohr- und Raketenartillerie). 250 deutsche Systeme stehen gegenwärtig knapp 7.000 russischen gegenüber. Auch wenn von diesen innerhalb der letzten drei Jahre die Hälfte verlorengegangen sein sollte, besteht immer noch ein Aufholbedarf von 1.500 Einheiten.
- Nicht ganz so dramatisch sieht es bei Kampfflugzeugen aus. Hier stehen gegenwärtig über 200 deutschen Kampfflugzeugen mehr als 1.400 russischen gegenüber. Die Lücke dürfte mithin bei etwa 500 Einheiten

liegen. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass als Ersatz für die veralteten Tornado-Jets lediglich 35 amerikanische Lockheed F-35 beschafft werden sollen. Bei einem ungefähren Stückpreis eines modernen Kampfflugs würde sich Anschaffungssumme bei 500 Einheiten auf etwa 50 Mrd. Euro belaufen.

Das Schließen dieser Fähigkeitslücken dürfte rein von Materialseite mehrere hundert Milliarden Euro kosten.

Allgemeine Wehrpflicht?

Die Diskussion um eine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hängt mit der Deckung des personalen Mehrbedarfs eng zusammen. Mitte der 1980er Jahre dienten in der Bundeswehr 495.000 Soldaten, wobei Frauen nur der Sanitätsdienst zugänglich war. Diese Gesamtzahl bestand aus 265.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie 230.000 Wehrpflichtigen (mit einer Wehrdienstzeit von 15 Monaten). Im Verteidigungsfall lag die Mobilisierungsstärke bei 1,3 Mio. Mann. Es wären also 0,8 Mio. Reservisten einberufen worden, die vorher als Zeitsoldaten bzw. Wehrpflichtige gedient hätten. Diese Reservisten verfügten über eine militärische Grund- sowie Spezialausbildung auf definierten Dienstposten. Nach 1990 wurde die Wehrdienstzeit sukzessive verkürzt, bis auf sechs Monate zum 1. Juli 2010. Die Aussetzung (nicht Abschaffung) der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte 2011. Seitdem dienen in der Bundeswehr Berufs- und Zeitsoldaten sowie freiwillig Wehrdienstleistende. Gegenwärtig sind dies 171.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie ca. 10.000 freiwillig Wehrdienstleistende. Der gesamte Personalbestand erreicht damit weniger als 50 % des im Zwei-plus-Vier-Vertrag zulässigen.

Welche Gründe sprechen nun für beziehungsweise gegen eine allgemeine Wehrpflicht? Konrad und Thum (2024, 669 f.) haben wesentliche Argumente (gegen die Wehrpflicht) zusammengestellt. Sie begründen ihre Ablehnung folgendermaßen:

1. Die nötigen Truppenstärken ließen sich auch ohne Wehrdienst bereitstellen.
2. Demokratische Länder verzichten eher auf die Wehrpflicht als autoritär regierte.
3. Empirische Evidenz aus Schweden zeigt einen Kriminalitätserhöhenden Effekt der Wehrpflicht.
4. Wehrdienst widerspricht den komparativen Fähigkeiten von Personen. Konrad und Thum verdeutlichen dies am Beispiel von „hochproduktiven und teuer ausgebildeten“ Medizinern, die in Wachbataillonen jahrelang zum Dienst verpflichtet würden. Die Opportunitätskosten im Sinne von entgangenen Löhnen stellen einen volkswirtschaftlichen Kostenfaktor dar.

5. Wehrpflichtleistende sind in ihrer militärischen Leistungsfähigkeit nicht mit Berufssoldaten vergleichbar.
6. Eine Wehrpflicht erzeuge Ausweichreaktionen wie Wehrdienstflucht oder Migrationsbewegungen.
7. Wehrpflichtige könnten zukünftig durch neue Technologien (Drohnen, Roboter, autonome Fahrzeuge) ersetzt werden (arbeitsparender technischer Fortschritt).

Weitere Argumente gegen eine allgemeine Wehrpflicht werden von Trabold et al. (2004) vorgebracht.

8. Die Wehrpflicht führt nicht zu einer repräsentativen Beteiligung aller Bildungsschichten gemäß der Idee von der Bundeswehr als einem Abbild der Gesellschaft. Vielmehr seien Hauptschüler überrepräsentiert und Abiturienten unterrepräsentiert.
9. Trabold et al. konzedieren eine ökonomische Ineffizienz der Wehrpflicht. Eine solche könne man – so die Autoren – in den Zeiten des Kalten Krieges noch akzeptieren, in der heutigen Zeit (die Studie erschien 2004!) aber nicht mehr.
10. Die ökonomische Ineffizienz resultiere auch aus den permanenten Neuausbildungsbedarfen für (immer neue) Wehrpflichtige.
11. Zunehmende Spezialisierungsanforderungen seien von Berufssoldaten besser zu bewältigen als von Wehrpflichtigen.

Angesichts dieser eindrucksvollen Liste von Argumenten gegen eine allgemeine Wehrpflicht werde ich hier nicht auf einzelne Argumente „pro Wehrpflicht“ eingehen, sondern mich zunächst einer Überprüfung der Stichhaltigkeit dieser „contra“-Argumente widmen.

Argument (1) wird von Konrad und Thum (2024) anhand von absoluten Zahlen und eines Vergleichs USA-China erläutert. Obwohl China über die vierfache Einwohnerzahl verfüge, sei die Truppenstärke nur um 40 % höher. Die US-Armee sei aber trotzdem die schlagkräftigste Armee der Welt. Die Schlagkraft hänge demnach nicht von der Truppenstärke ab. Diese simple Kausalkette ist falsch, denn die Schlagkraft der US-Armee resultiert aus ihrer immer noch existierenden technischen Überlegenheit, und nicht aus der Tatsache, dass die US-Armee eine reine Berufsarmee ist, während in den Streitkräften Chinas auch Wehrpflichtige dienen.

Argument (2) suggeriert eine fehlende Notwendigkeit der Wehrpflicht in demokratischen Staaten. Tatsächlich ist die Wehrpflicht aber in vielen (demokratischen) Staaten Europas nach Ende des Kalten Krieges abgeschafft oder ausgesetzt worden, weil die Regierungen der Ansicht waren, der Feind sei nicht mehr existent. Die Fehleinschätzung

wird inzwischen peu à peu korrigiert, wie beispielsweise die Länder Ukraine, Litauen, Schweden und Norwegen zeigen (Hutt, 2022).

Argument (3) könnte, falls es sich auf breiter Basis bestätigen sollte, in der Tat als valides Argument gelten. Bisher liegt aber eher anekdotische Evidenz vor.

Argument (4) besitzt eine wahre und eine falsche Komponente. Richtig ist, dass eine Wehrpflicht volkswirtschaftliche Kosten in Höhe der verlorenen Wertschöpfung und der dabei entstehenden Einkommen verursacht. Unzutreffend ist das Beispiel der Mediziner, die in Wachbataillonen angeblich jahrelang Dienst tun würden. Auch wenn das Beispiel rein hypothetisch gemeint gewesen sein mag, solche „Fehlbesetzungen“ waren während der Existenz der Wehrpflicht die seltene Ausnahme. In der Regel wurde bei Musterung und Einberufung eine möglichst große Übereinstimmung von Fähigkeiten und Verwendungen angestrebt. Im Übrigen existiert in der Bundeswehr nur ein Wachbataillon, in dem nur Zeit- und Berufssoldaten dienen.

Argument (5) klingt plausibel, ist in dieser Allgemeinheit aber falsch. Der Kampfwert von Wehrpflichtigen hängt entscheidend von der Ausbildungszeit ab bzw. von der Zeit, in der Übungserfahrungen gesammelt werden können. Eine Wehrdienstdauer von sechs oder neun Monaten ist sicherlich unzureichend, wenn schon die Grundausbildung drei Monate in Anspruch nimmt. Bei einer Dauer von 15 oder 18 Monaten liegen die Dinge aber völlig anders. Wehrpflichtige werden überdies ausschließlich in Mannschaftsdienstgraden verwendet. In der alten Bundeswehr (bis 1990) hatte ein Wehrpflichtiger in den beiden letzten Quartalen denselben Kampfwert wie ein Soldat auf Zeit im entsprechenden Mannschaftsdienstgrad. Bei Unteroffizieren und Offizieren gibt es ohnehin keine Unterschiede, denn diese sind Zeit- und Berufssoldaten vorbehalten. Zusammengefasst ist Argument (5) nur für sehr kurze Dienstzeiten richtig.

Die in Argument (6) beschriebenen Ausweichreaktionen gibt es zweifelsohne, sie sind aber kein generelles Argument gegen eine Wehrpflicht. Überdies hängen diese Effekte von den Institutionen eines Landes (Wehrüberwachung, Abwesenheit von Korruption, Rechtsstaatlichkeit) ab. Auch muss zwischen Landesverteidigung und Interventionskriegen unterschieden werden. Im ersten Fall dürften die Ausweichreaktionen geringer ausfallen.

Argument (7) stellt auf die Substitution von menschlicher „Arbeit“ durch technologisch fortschrittliches militärisches Kapital ab. Solche Prozesse sind nicht neu, sie finden seit 250 Jahren mit einer nennenswerten Fort-

schrittsrate statt. Falsch ist aber der Schluss, es würden im Zuge dieses Prozesses nur noch wenige Spezialisten (Berufssoldaten) Arbeit finden, die „restliche Arbeit“ würde vom militärischen Kapital übernommen. Deshalb sei eine Wehrpflicht unnötig. Dieses Argument stimmt schon bei seinem wachstumstheoretischen Vorbild, dem Harrod-neutralen technischen Fortschritt nicht, der Faktor Arbeit wird eben nicht arbeitslos. Auch in militärhistorischer Perspektive ist die These falsch. Erfindungen wie der Kampfpanzer oder das Maschinengewehr haben weder die Wehrpflicht überflüssig gemacht noch die Armeen verkleinert. Erhöht hat sich die globale Feuerkraft. Es gibt keine Indizien, dass sich das in Zukunft ändern könnte.

Die nicht-repräsentative Vertretung der Bevölkerung (Argument 8) in einer Armee mit Wehrpflicht liegt an der zahlenmäßigen Stärke der Laufbahngruppen der Mannschaften, der Unteroffiziere und der Offiziere sowie den benötigten Qualifikationen. Diese sind bei den Mannschaften am geringsten, bei den Offizieren am höchsten. Dies impliziert, dass Abiturienten bei Mannschaftsdienstgraden einen komparativen Nachteil gegenüber Haupt- und Realschülern haben, was zu einer entsprechenden Nicht-Verwendung und damit Repräsentanz führt. Ein Argument gegen die Wehrpflicht ist Argument (8) damit nicht.

Die im Argument (9) beschriebene Ineffizienz ähnelt im Kern dem Argument (4). Ich komme später darauf zurück.

Argument (10) ist unvollständig. Zwar verursacht die Ausbildung immer neuer Kohorten Wehrpflichtiger erhebliche Ausbildungskosten in statischer Hinsicht. Vergessen wird aber, dass in einer langfristigen Perspektive Millionen ausgebildeter Reservisten zur Verfügung stehen, die lediglich einer Auffrischung bedürfen. Der Gefechtswert dieser Reservepotenziale hängt davon ab, wie die Reservisten zu Übungen einberufen werden. Im Ganzen betrachtet erhöht sich die Wehr- und damit auch die Abschreckungsfähigkeit einer Gesellschaft mit Wehrpflicht.

Argument (11) ähnelt Argument (7) und ist eher eine unbewiesene Behauptung denn eine überprüfbare These.

Fasst man die Stichhaltigkeit der Argumente gegen eine allgemeine Wehrpflicht zusammen, so bleibt hauptsächlich das Argument der volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten, sekundär das Kriminalitätsargument, falls es sich die Kriminalitätshypothese auch in anderen Ländern nachweisen ließe.

Dem gegenüber steht das wichtigste Argument für die Wehrpflicht, nämlich die langfristige Bereitstellung einer großen Zahl militärisch ausgebildeter Reservisten, die mit

überschaubarem Aufwand wieder in aktive Kampfverbände eingegliedert werden können. Diesem Argument wird von Konrad und Thum (2024, S. 670) mit folgenden Worten widersprochen:

Es erscheint angesichts dieser Entwicklung [gemeint ist eine behauptete bevorstehende technologische Revolution] als ein Anachronismus, eine Wehrpflicht wiederzubeleben, nur um genügend Soldaten in der Reserve zu haben, falls das bestehende Heer in den ersten Angriffswellen aufgerieben bzw. getötet würde.

Von einem „Anachronismus“ kann allerdings keine Rede sein, wie das Beispiel der Ukraine nachdrücklich demonstriert. Ohne Wehrpflicht (trotz all ihrer Um- und Durchsetzungsprobleme) wäre die ukrainische Verteidigung längst zusammengebrochen. Personalknappheit gibt es allerorten und auch Russland hat in der Vergangenheit versucht, angesichts der rudimentären Wehrpflicht (bzw. der gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung) zusätzliches Personal zu gewinnen (Häftlinge, Hilfstruppen aus Nordkorea). Erinnert sei auch an die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht in Preußen im Zuge der preußischen Heeresreform während der napoleonischen Zeit.

Ein entscheidendes Argument für die Wehrpflicht (und damit die potenzielle Größe einer Streitmacht) ist schließlich das regionale Ausmaß einer militärischen Auseinandersetzung. Bei Großkonflikten geht es schlicht um die Eroberung und militärische Beherrschung großer Territorien. Die historischen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen zeigen überdeutlich, dass diese mit reinen Berufsarmeen nicht möglich ist. Die Niederringung des nationalsozialistischen Terrorregimes (und Japans) bedurfte denn auch der Einführung der Wehrpflicht in England (1939) und in den USA (1940).

Die primären Kosten (Einkommensverlust, möglicher Mismatch) und möglichen sekundären Kosten (Kriminalitätsanstieg) sind als Preis für eine funktionierende Abschreckung bzw. die erfolgreiche Zurückweisung eines Angriffs zu sehen. Sie stellen eine Art Versicherungsprämie gegen Großschäden dar.

Der preußische Heeresreformer Carl von Clausewitz (1832-34) fasste die entscheidenden Punkte folgendermaßen zusammen:

Wir fragen also nicht mehr: was kostet der Widerstand, den ein ganzes Volk mit den Waffen in der Hand leistet, diesem Volke? Sondern wir fragen: welchen Einfluss kann dieser Widerstand haben, welches sind seine Bedingungen und wie ist der Gebrauch desselben?

Literatur

- Andreou, A. S., Parsopoulos, K. E., Vrachatis, M. N. & Zombanakis, G. A. (2002). Optimal versus required defence expenditure: The case of the Greek-Turkish arms race. *Defence and Peace Economics*, 13(4), 329–347.
- Dorn, F., Fuest, C., Portrafke, N. & Schlepper, M. (2022). Sind wir noch bedingt abwehrbereit? Die Entwicklung der deutschen Verteidigungsfähigkeit seit dem Ende des Kalten Krieges. *ifo Schnelldienst Sonderausgabe*, 75(4), 1–18.
- Grözing, G. (2021). Nato: Das 2 %-Ziel im Kontext. *Wirtschaftsdienst*, 101(6), 409.
- Hutt, D. (2022, 27. Juli). Welche Länder in Europa wollen die Wehrpflicht wieder einführen? Euronews.
- IMF – International Monetary Fund. (2025a). *GDP per capita, current prices, US dollars*.
- IMF – International Monetary Fund. (2025b). *GDP per capita, purchasing power parity, US dollars*.
- Konrad, K. A. & Thum, M. (2024). Herausforderungen einer neuen Sicherheitslage für Deutschland – eine finanzwissenschaftliche Perspektive. *Wirtschaftsdienst*, 104(10), 666–671.
- OWD – Our World in Data. (2025). *Military expenditure (% of GDP)*.
- Reichel, R. (2022). Rüstungsausgaben: Messung, Vergleichbarkeit und Höhe. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 7-8, 23–29.
- Reichel, R. (2025). Verteidigungsausgaben auf dem Prüfstand: Zwischen Nato-Zielen und ökonomischer Realität. *Streiflicht VWL*, Nr. 16. FOM Hochschule.
- Robertson, P. E. (2022). The real military balance: International comparisons of defense spending. *Review of Income and Wealth*, 68(3), 797–818.
- Robertson, P. E. (2025, 14. Februar). NATO – Real contributions by country. Military PPP.
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute. (2024). *SIPRI factsheet 2024 – Trends in world military expenditure*.
- Ringel, I. & Tishler, A. (2011). The Government Budget Allocation Process and National Security: An Application to the Israeli-Syrian Arms Race. In D. L. Braddon & K. Hartley (Hrsg.), *Handbook on the Economics of Conflict* (S. 105–142). Edward Elgar.
- Trabold, H., Schneider, T. & Vogel, P. (2004). Wehrpflicht statt Berufsarmee: Eine Alternative wider die ökonomische Vernunft. *Materialien 35*, DIW Berlin.
- van Creveld, M. (2020). *Kampfkraft: Militärische Organisation und Leistung der deutschen und amerikanischen Armee 1939–1945* (6., überarb. Aufl.). ARES Verlag.
- von Clausewitz, C. (1832–1834). *Vom Kriege* (Digitalisat der Erstausgabe). Clausewitz-Gesellschaft.

Title: On An Equal Footing with Russia: What Military Resources Are Needed?

Abstract: The reduction in defense spending, often referred to as the “peace dividend,” from 2.7 % to 2.8 % of Germany’s GDP in the late 1980s to just 1.2 % of GDP by the end of the 2010s, has led to a near-complete loss of defense capability over more than 30 years. Given the current global political situation, there is no question that a massive increase in key weapons systems is necessary. The guideline should be a roughly equal level of spending between the three largest European NATO states combined and Russia. Along with the other European NATO states (Poland, the Baltic and Scandinavian states, and several other countries) this should act as sufficient deterrence.